universität innsbruck
Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Diplomatisches Handbuch

Sammlungen der wichtigsten europäischen Friedensschlüsse, Congreßacten und sonstigen Staatsurkunden vom Westphälischen Frieden bis auf die neueste Zeit ; mit kurzen geschichtlichen Einleitungen

Ghillany, Friedrich Wilhelm

Noerdlingen, 1868

VI. Vertrag, wodurch der König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen auf das Fürstenthum Neuchatel zu Gunsten der Schweiz verzichtet, abgeschlossen am 26. Mai 1857

urn:nbn:at:at-ubi:2-4000

VI.

Vertrag,

wodurch der König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen auf das Fürstenthum Neufchatel zu Gunsten der Schweiz verzichtet,

abgeschlossen am 26. Mai 1857.

Begünstigt von der republikanischen Bewegung in Frankreich und von der allgemeinen Aufregung, welche dieselbe im mittleren Europa hervorrief, hatten die Bewohner des Fürstenthums Neufchatel die royalistische Regierung am 1. März 1848 vertrieben und am 2. März den Canton für eine Republik erklärt. Diese Erklärung wurde am 30. April 1848 durch eine Volksabstimmung (mit 5813 gegen 4395 Stimmen) zum Volksbeschluß erhoben und von der schweizerischen Tagsatzung mit 21 Stimmen (nur Schwyz stimmte dagegen) anerkannt, welche letztere also hiermit den Fortbestand der neuen Republik garantirt hatte. Der König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen protestirte zwar gegen dieses Vorgehen, fand aber den Besitz des von Preußen entlegenen Neufchatel nicht für wichtig genug, um für die Aufrechthaltung desselben die Waffen zu ergreifen und sich muthmaßlich in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln. Im Gegentheil konnte es für die preußische Politik nur vortheilhaft erscheinen, dieses südlichen Ländchens ledig zu werden, welches den preußischen Staat, ohne ihm einen Zuwachs an Macht zu geben, in die verschiedenen Differenzen der Schweiz mit den Nachbarländern beständig mit hineinzog. Der König verzichtete nicht auf seine Rechte, ließ sich dieselben vielmehr durch ein Protokoll der auf der londoner Conferenz versammelten Großmächte vom 24. Mai 1852 neu bestätigen, ging aber über diplomatische Schritte nicht hinaus, um wieder in den Besitz dieses Fürstenthums zu kommen, für dessen Erwerbung (1707) sich der König Friedrich I. von Preußen einst so viele Mühe gegeben hatte. Neufchatel blieb also vom 2. März 1848 an thatsächlich ein republikanischer Canton der Schweiz,

während der König von Preußen bei der Erklärung beharrte, daß er er sich seine Rechte vorbehalte. Immerhin erhielt sich im Canton, wie schon aus der Volksabstimmung zu ersehen war, eine ziemlich ansehnliche royalistische Partei, welche die Hoffnung hegte, wieder an's Ruder zu kommen. In der Nacht vom 2. auf den 3. September 1856 überfielen 669 Royalisten unter Anführung des Grafen Pourtalès und des Oberstlieutenants v. Meuron das Schloß von Neufchatel, verhafteten mehrere Mitglieder des republikanischen Staatsrathes und beabsichtigten, eine royalistische Regierung einzusetzen. Allein sie hatten den Zeitpunkt übel gewählt; denn in der Nähe von Neufchatel wurde zu derselben Zeit ein schweizerisches Uebungslager gehalten, und schon am Nachmittag des 3. September erschienen aus demselben eidgenössische Commissäre, welche mit Hülfe einer unter Oberst Denzel aus la Chaux de Fond herbeigeeilten Schaar bewaffneter Republikaner sich des Schlosses mit Gewalt bemächtigten und die republikanische Regierung wieder herstellten; die 669 Royalisten, welche den Putsch ausgeführt hatten, wurden in Haft genommen. Da dieser royalistische Versuch schwerlich ohne Mitwissen des Königs von Preußen unternommen worden war; so mußten wohl ernstliche Verwicklungen der Eidgenossenschaft mit der preußischen Regierung daraus hervorgehen. Der preußische Gesandte bei der Eidgenossenschaft v. Sydow richtete auch schon am 5. September 1856 an den schweizerischen Bundesrath die Erklärung, daß der König von Preußen der rechtmäßige Regent des Fürstenthums Neufchatel sei, daß die Royalisten, welche sich des Schlosses von Neufchatel bemächtigt, nur im Interesse ihres rechtmäßigen Fürsten gehandelt hätten, indem sie eine revolutionäre Regierung zu beseitigen suchten, und daß der König daher die Freilassung der Gefangenen verlange. Der Bundesrath, welcher versöhnlich auftreten wollte und überhaupt der großen Zahl der Gefangenen gerne ledig gewesen wäre, entließ hierauf 634 derselben, den Grafen Pourtalès aber mit 34 der Haupttheilnehmer behielt er in Haft. Dies genügte der preußischen Regierung nicht; sie verlangte sofortige Freigebung aller Verhafteten. Die Sache schien für die Schweiz eine bedenkliche Wendung zu nehmen; denn auch die Kabinete von Oesterreich, Frankreich und Rußland unterstützten diese Forderung. Mitte Oktober 1856 gab der Bundesrath die Erklärung ab, er sei zur Amnestirung sämmtlicher Betheiligten unter der Bedingung bereit, daß der König von Preußen auf seine Ansprüche auf Neufchatel verzichte und die Unabhängigkeit des Cantons anerkenne.

Inzwischen nahmen sowohl Preußen als die Eidgenossenschaft eine kriegdrohende Haltung an; der König brach die diplomatischen Verbindungen mit der Schweiz am 13. Dez. 1856 ab. Unter den Schweizern der liberalen Cantone zeigte sich großer Eifer, für die

Aufrechthaltung der republikanischen Verfassung in Neufchatel mit den Waffen einzutreten; in den Sonderbundscantonen jedoch mochte sich wohl im Stillen die Hoffnung regen, durch einen etwaigen preußischen Sieg wieder in die alte Sonderstellung zu gelangen. Der Bundesrath hatte durch Beschluß vom 20. Dezember 1856 bereits einen Theil der schweizerischen Armee (20,000 Mann) mobil gemacht und unter dem Commando des Generals Düfour an der Grenze aufgestellt. Auch in Berlin war das preußische Operationscorps und dessen Führer schon bestimmt; Preußen beharrte auf seiner Forderung, daß die Verhafteten ohne Bedingung entlassen werden müßten, wobei es zu verstehen gab, daß der König einem Verzicht auf Neufchatel nicht abgeneigt sei, daß er sich denselben aber nicht abnöthigen lasse. Ein Krieg Preußens mit der Schweiz wäre Oesterreich und den süddeutschen Staaten ein sehr unangenehmes Ereigniß gewesen; auch dem Kaiser Napoleon mußte eine kriegerische Erhebung der schweizerischen Republik an seinen Grenzen bedenklich scheinen. Die Diplomatie vermittelte also sehr energisch, indem sie den Schweizern den preußischen Verzicht auf Neufchatel in Aussicht stellte, und bestimmte den Bundesrath zum Nachgeben. Am 15. Jan. 1857 faßte der in Bern versammelte schweizerische Nationalrath mit 91 gegen 4 Stimmen folgenden Beschluß: „1) Der Proceß, welcher wegen des vom 2. auf den 3. September 1856 im Canton Neufchatel stattgehabten Aufstandes unter dem 4. September angefangen worden ist, wird hiermit niedergeschlagen. 2) Die durch das Dekret der Anklagekammer vom 15. Dezember 1856 in Anklagezustand versetzten Personen haben, soweit dies nicht bereits geschehen ist, das Gebiet der schweizerischen Eidgenossenschaft auf so lange zu verlassen, bis die neufchateler Angelegenheit ihre vollständige Erledigung gefunden hat. 3) Das definitive Uebereinkommen mit Preußen soll der schweizerischen Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden. 4) Der Bundesrath ist mit Vollziehung dieses Beschlusses beauftragt." Dieser Verfügung trat der schweizerische Ständerath am 16. Januar 1857 bei. Demgemäß wurden die Verhafteten schon am 17. Januar entlassen und in Postchaisen unter militärischer Bewachung nach der französischen Grenze bei Pontarlier gebracht. An demselben Tage entließ der General Düfour die schweizerischen Truppen in die Heimath, indem er ihnen durch einen Tagsbefehl ankündigte, daß die neufchateler Angelegenheit eine friedliche Lösung finden werde. Diese Lösung sollte auf einer Conferenz der Großmächte in Paris herbeigeführt werden, welche am 5. März 1857 eröffnet wurde. Theilnehmer derselben waren die Gesandten der Großmächte in Paris, nämlich für Oesterreich v. Hübner, für England Lord Cowley, für Rußland v. Kisseleff; den Vorsitz führte der französische Minister des Aeußeren Graf Walewski.

Der preußische Gesandte Graf Hatzfeld trat erst in der zweiten Sitzung ein, nachdem die Hauptpunkte geordnet waren, der schweizerische Gesandte Dr. Kern erst in der vierten Sitzung am 25. März. Die Commission hatte in den Entwurf des Vertrags einen Passus aufgenommen, nach welchem der König von Preußen für seinen Verzicht auf Neufchatel von dem Lande eine Million Franken als Entschädigung erhalten sollte; der König verzichtete aber auf jede Geldentschädigung, und daher blieb dieser Artikel weg. Am 26. Mai 1857 wurde der definitiv festgesetzte Vertrag, welcher aus acht Artikeln bestand, von der Conferenz unterzeichnet. Im ersten Artikel verzichtet der König von Preußen auf die Rechte, welche ihm der Artikel 23 der wiener Congreßacte über das Fürstenthum Neufchatel und die Grafschaft Valengin zuerkannte. Der dritte Artikel legt alle Kosten, welche aus der royalistischen Erhebung hervorgegangen sind, der schweizerischen Eidgenossenschaft zur Last. Der fünfte Artikel verkündigt eine vollständige Amnestie für alle an der Sache Betheiligten. Der sechste Artikel setzt fest, daß die Einkünfte aus Kirchengütern, welche von den Republikanern im Jahr 1848 mit den Staatsdomänen vereinigt worden waren, wieder den Kirchen überwiesen werden müßten. Der siebente Artikel bestimmt, daß Stiftungen für kirchliche und gemeinnützige Zwecke den Absichten der Stifter niemals entfremdet werden dürften.

Traité

entre la Prusse la France, l'Autriche, l'Angleterre et la Russie et la Suisse relatif aux affaires de Neuchâtel.

Article 1. Sa Majesté le Roi de Prusse consent à renoncer à perpétuité, pour lui, ses héritiers et ses successeurs, aux droits souverains que l'art. 23 du traité conclu à Vienne le 9 juin 1815 lui a attribués sur la principauté de Neuchâtel et le comté de Valengin.

Art. 2. L'état de Neuchâtel, relevant désormais de lui-même, continuera à faire partie de la confédération suisse au même titre que les autres cantons et conformément à l'article 75 du traité précité.

Art. 3. La confédération suisse garde à sa charge tous les frais resultant des événemens du mois de septembre 1856. Le canton de Neuchâtel ne pourra être appelé à contribuer à ces charges que comme tout autre canton et au prorata de son contingent d'argent.

Art. 4. Les dépenses qui demeurent à la charge du canton de Neuchâtel seront réparties entre tous les habitans, d'après le principe d'une exacte proportionnalité, sans que, par la voie d'un impôt exceptionnel ou de toute autre manière, elles puissent être mises exclusivement ou principalement à la charge d'une classe ou catégorie de familles ou d'individus.

Art. 5. Une amnistie pleine et entière sera prononcée pour tous les délits ou contraventions politiques ou militaires en rapport avec les derniers événemens, et en faveur de tous les Neuchâtelois, Suisses ou étrangers, et notamment en faveur des hommes de la milice qui se sont soustraits, en passant à l'étranger, à l'obligation de prendre les armes. Aucune action, soit criminelle, soit correctionnelle en dommages et intérêts, ne pourra être dirigée ni par le canton de Neuchâtel, ni par aucune corporation ou personne quelconque, contre ceux qui ont pris part directement ou indirectement aux événemens de septembre.

(Art. 6. La confédération paiera au roi de Prusse la somme d'un million de francs.*)

Art. 6. Les revenus de l'eglise qui ont été réunis en 1848 au domaine de l'état ne pourront pas être détournés de leur destination primitive.

Art. 7. Les capitaux et les revenus des fondations pieuses, des institutions privées d'utilité publique, ainsi que la fortune léguée par le baron de Purry à la bourgeoisie de Neuchâtel, seront religieusement respectés; ils seront maintenus conformément aux intentions des fondateurs et aux actes qui ont institué ces fondations, et ne pourront jamais être détournés de leur but.

---

*) Dieser Artikel 6 wurde auf Verlangen des Königs von Preußen gestrichen.

Proclamation

du roi de Prusse pour renoncer à ses droits sur la principauté de Neuchâtel.

Nous, Frédéric-Guillaume, par la grâce de Dieu, Roi de Prusse, Prince de Neuchâtel et Comte de Valengin, etc., savoir faisons par les présentes:

Ayant dû nous convaincre que la prolongation de l'état anormal dans lequel la principauté de Neuchâtel se trouve depuis neuf ans est incompatible avec le bien-être de ce pays, auquel nous n'avons cessé de vouer notre sollicitude;

Cédant, de l'autre côté, aux instances qui nous ont été adressées par les grandes puissances, de faire à la paix et au repos de l'Europe le sacrifice de nos désirs personnels;

Nous avons cru devoir nous décider, dans l'intérêt de la principauté elle-même, à fixer, par un traité, signé à Paris le 26 mai dernier entre notre plénipotentiaire et ceux de l'Autriche, de la France, de la Grande-Bretagne, de la Russie et de la Suisse, les conditions au strict accomplissement desquelles nous avons subordonné et subordonnons notre renonciation, pour nous et tous nos successeurs, à nos droits de souveraineté sur le pays de Neuchâtel.

Dans les négociations qui ont précédé la signature du traité, nous avons principalement eu à cœur d'assurer le bonheur du pays par des garanties spéciales pour le maintien de son église et des fondations qu'il doit à la piété et au patriotisme de généreux citoyens.

Si à ce sujet tous nos vœux n'ont pu être accomplis par les stipulations du traité, nous n'en espérons pas moins que l'exécution répondra à la sollicitude qui a dicté nos efforts. Dans cette confiance, nous avons ratifié ledit traité, et, en le faisant publier, nous délions expressément nos sujets neuchâtelois du serment de fidélité qu'ils nous ont prêté. Nous délions spécialement de leurs devoirs féodaux les tenanciers des seigneuries de Gorgier, de Vaumarcus et de Travers. La profonde affliction avec laquelle nous nous sé-

parons de ceux de nos sujets qui en tout temps nous ont conservé un attachement héréditaire n'est allégée que par la considération que les circonstances nous ont mis à même de ne consulter que la dignité de notre couronne, et de n'écouter que notre sollicitude pour les fidèles Neuchâtelois en refusant la somme stipulée par le traité, réduite à la forme d'indemnité, au lieu d'être l'équivalent du revenu princier que nous avions le devoir sacré de réclamer pour nous et nos successeurs.

En exprimant notre reconnaissance à tous ceux qui n'ont cessé de nous donner des témoignages d'amour, de dévouement et de fidélité, nous les recommandons, ainsi que tout le pays, à la bénédiction du Tout-Puissant, convaincu, comme nous le sommes, qu'une postérité impartiale appréciera les bienfaits dont la principauté de Neuchâtel a été redevable à ses souverains de la maison royale de Prusse.

Donné à Marienbad le 19 juin 1857.